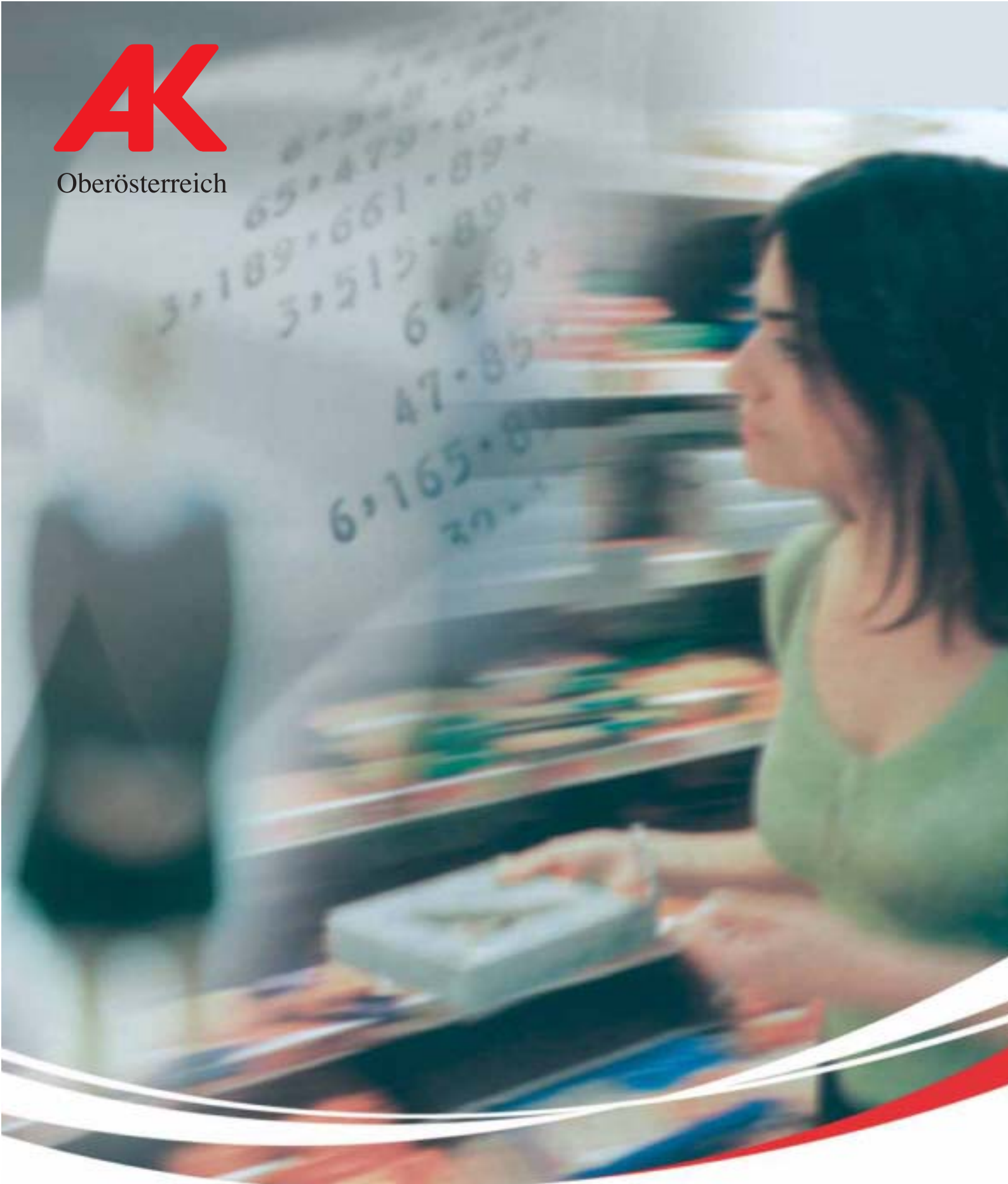




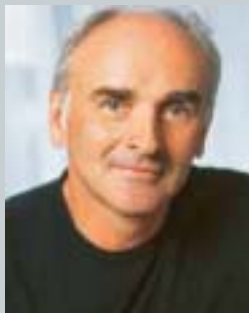
Oberösterreich



HÖHERE LÖHNE UND GEHÄLTER BRINGEN WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Daten zur aktuellen Einkommensverteilung in Österreich

Stand: September 2005



DIE SPIRALE NACH UNTEN STOPPEN

Die österreichische Wirtschaft wird laut Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) heuer real um 1,7 Prozent wachsen. Damit konnte an die leichte Konjunkturerholung im Vorjahr (plus 2,4 Prozent) nicht angeknüpft werden. Kein Wunder, denn der private Konsum wird heuer real nur um 1,4 Prozent wachsen; die Bruttoanlageinvestitionen stagnieren (+0,4%). Die traditionell errechnete Arbeitslosenquote steigt auf über sieben Prozent weiter an. Nach einer vom WIFO im Auftrag der Arbeiterkammer erstellten Studie betrug die Quote im Jahr 2004 sogar 9 Prozent! Das heißt: 318.100 Menschen waren im Jahr 2004 arbeitslos!

Insgesamt steigt die soziale Ungleichheit in Österreich, wie die Fakten in dieser Broschüre belegen. Ein besonders trauriger Befund ist, dass in Österreich - einem der reichsten Länder der Welt - die Armut wächst.

Dieses Bild wird auch bestätigt durch die im Arbeitsklimaindex der AK

Oberösterreich erhobene zunehmende Unzufriedenheit der österreichischen Arbeitnehmer/-innen. Unzufriedenheit mit dem Einkommen, mit teilweise unmenschlichen Arbeitszeiten und mit der beruflichen Situation insgesamt. Jede/r zehnte Arbeitnehmer/-in hat beruflich überhaupt völlig resigniert! Unter den weiblichen Arbeitnehmerinnen sind es erschreckende 16,1 Prozent!

Die gesamtwirtschaftliche Abwärtsspirale aus geringem Konsum, geringen Investitionen, geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit setzt sich fort. Die (Arbeits-)Einkommen wachsen nur schwach. Dar- aus und aus den insgesamt nicht gerade rosigen Zukunftsaussichten nährt sich der gesamtwirtschaftlich schädliche Nachfrageausfall.

Nur eine Strategie, die auf Qualifizierung insbesondere der schlechter Gestellten in unserer Gesellschaft, die auf

Bildung und Innovation setzt, ist zukunftsfähig. In Österreich müssen schon viel zu viele Menschen von niedrigen Einkommen leben.

Den Niedrigqualifikations- und Niedriglohnbereich staatlich auch noch zu fördern, wie jüngst von der Regierung beschlossen, verschärft das soziale Gefälle noch zusätzlich und ist auch ökonomisch unvernünftig.

Österreich muss nicht billiger, sondern besser werden. Daher fordern wir eine echte Bildungsoffensive, den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, öffentliche Infrastrukturmaßnahmen und insbesondere eine Stärkung der privaten Kaufkraft.

Der aktuellste Lohnabschluss (September 2005) weist in die richtige Richtung: Die Arbeitnehmer/-innen in der Metallindustrie erhalten um 3,1 Prozent mehr Lohn.

So könnte auch endlich das Wirtschaftswachstum wieder in Schwung kommen.

Dr. Johann Kalliauer
Präsident der Arbeiterkammer für Oberösterreich

Dr. Josef Peischer
Direktor der Arbeiterkammer für Oberösterreich

ARBEITNEHMER/-INNEN ERHALTEN IMMER WENIGER VOM VOLKSEINKOMMEN

Die an alle Arbeitnehmer/-innen ausbezahlten Löhne und Gehälter steigen geringer als das gesamte zu verteilende Einkommen - das Volkseinkommen.

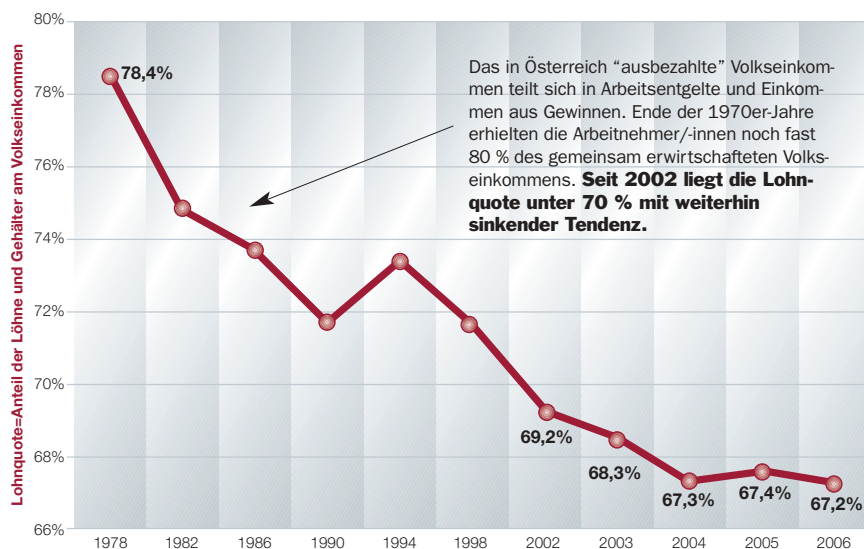
Obwohl der Anteil der lohnabhängig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen steigt, fällt der Anteil der Löhne am Volkseinkommen! Fällt die Lohnquote, wächst der andere Anteil - die Gewinnquote.

Die Verteilung wird immer ungleicher, weil die Lohnentwicklung insbesondere durch folgende Faktoren gedämpft wird:

- Die Zahl „atypisch“ - kaum durch Kollektivverträge geschützter - Beschäftigter wächst, schlecht entlohnte Teilzeitbeschäftigung verdrängt zunehmend Vollzeitjobs;
- Das Drohpotential der Betriebsverlagerung wird in erpresserischer Manier angewandt;
- Die insgesamt triste Arbeitsmarktlage erschwert die Lohnpolitik.

Das von den Unternehmen eingesetzte Arbeitsvolumen stagniert, wobei das Arbeitskräftepotential steigt. Die daraus resultierende steigende Arbeitslosigkeit wirkt direkt und indirekt auf die Lohnquote. Direkt, indem von Arbeitslosigkeit Betroffene keine Löhne erhalten und indirekt, indem die Verhandlungsposition der Gewerkschaften geschwächt wird.

Aufteilung des Volkseinkommens wird immer ungerechter



Quelle: Statistik Austria (VGR-Revision, Stand Juli 2005), WIFO (Stand September 2005), AK OÖ; unbereinigte Lohnquote als Anteil der Arbeitnehmer/-innenentgelte (Bruttolohn- und gehaltssumme plus DG-SV-Abgaben) am Volkseinkommen in 4-Jahres-Schritten und jährlich ab 2002, inkl. Prognose für 2005 und 2006

„Steigende Arbeitslosigkeit verändert aufgrund schwachen Wirtschaftswachstums und zunehmendem Arbeitskräfteangebot die ökonomischen Machtverhältnisse und drängt die Lohnpolitik in die Defensive.“

Guger Alois, Marterbauer Markus, in „Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich“, WIFO 2004

GERINGE LOHN- UND GEHALTSERHÖHUNGEN SICHERN KEINE ARBEITSPLÄTZE

Die Löhne entwickeln sich eher schwach, weil die Unternehmen in der Regel „ihren“ Beschäftigten nur mehr karge Bruttolohnsteigerungen zugestehen. Ein Ausdruck dafür sind die seit Jahren sinkenden Kollektivvertragsüberzahlungen in der Industrie.

Stimmen zum Lohnabschluss in der Metallindustrie

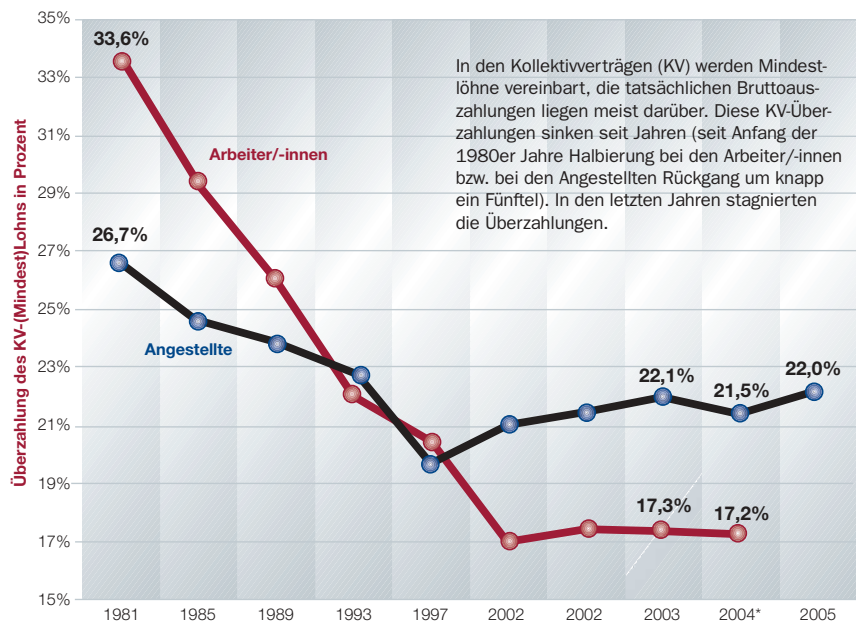
(Verhandlungsergebnis: plus 3,1 Prozent)

Böhler-Chef **Claus Raidl**, bezeichnet die 3,1 Prozent als "verkräftbar" und meint: „Das ist ein maßvoller, fairer Abschluss“
(Der Standard, 26. 09. 2005)

Arbeitgeber-Verhandler **Hermann Haslauer**: "Wir können mit dem Kompromiss leben."
(Die Presse, 24. 09. 2005)

Alois Guger, Experte für Lohn- und Einkommenspolitik am WIFO, hält den Abschluss „für volkswirtschaftlich gerechtfertigt“, denn "die Unternehmensgewinne sind hoch, die Gewinnquote steigt seit Jahren."
(Der Standard, 26. 09. 2005)

KV-Überzahlungen in der Industrie auf niedrigem Niveau



Quelle: Wirtschaftskammer, Lohn- und Gehaltsstatistik in der Industrie; Arbeiter/-innen: Septemberwerte, Angestellte: Jännerwerte (1998: Bruch durch neuen KV; * ab 2004 ohne Elektro- / Elektronikindustrie); in 4-Jahresschritten, jährlich ab 2001

„ Geiz ist geil, darf nicht das Maß aller Dinge sein. Leider ist das Versprechen der Arbeitgeber flächendeckend nicht eingeführt worden, dass man sagt: Wenn ihr vorsichtig bei den Löhnen seid, wird es Beschäftigung geben, wird es mehr Sicherheit am Arbeitsplatz geben. Wir erleben in Österreich leider zurzeit genau das Gegenteil. Und daher glaube ich, dass, wenn das Argument stimmt, dass die Kaufkraft wichtig ist, es auch möglich sein muss, dass die Menschen, die die Produktivität in Österreich erarbeiten, auch einen gerechten Anteil haben - das heißt, eine ordentliche Lohnrunde.“

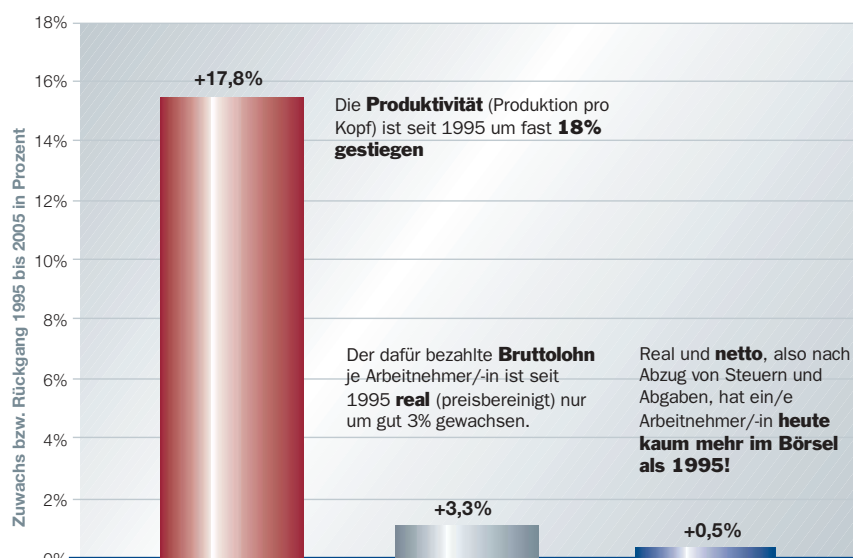
REALE KAUFKRAFT IST SEIT 1995 NICHT GEWACHSEN

In jeder Volkswirtschaft werden Werte geschaffen, Güter und Dienstleistungen produziert, die dann ja im In- und Ausland verkauft werden. Dabei entstehen Einkommen. Steigt der pro erwerbstätiger Person geschaffene Wert (Produktivität), so ist es nur gerecht, dass auch der pro Arbeitnehmer/-in ausbezahlte Lohn zumindest im gleichen Ausmaß steigt. Doch das Gegenteil ist der Fall. **Das heißt, die Arbeitnehmer/-innen können an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht gleichgewichtig teilhaben.**

Auf dem Lohn- oder Gehaltszettel finden sich zwar meist höhere Beträge als in den Jahren davor (= nomineller Bruttolohn). Aber erst nach Berücksichtigung der Teuerung und nach Abzug von Steuern, Gebühren und Abgaben (= realer Nettolohn), zeigt sich, wie viel sich der/die Einzelne tatsächlich leisten kann.

Im Zehnjahreszeitraum ist diese reale Kaufkraft des Geldes der österreichischen Arbeitnehmer/-innen kaum gestiegen. Das heißt, viele Menschen haben heute nicht mehr im Portemonnaie als noch 1995!

Leistung steigt - Lohn bleibt gleich



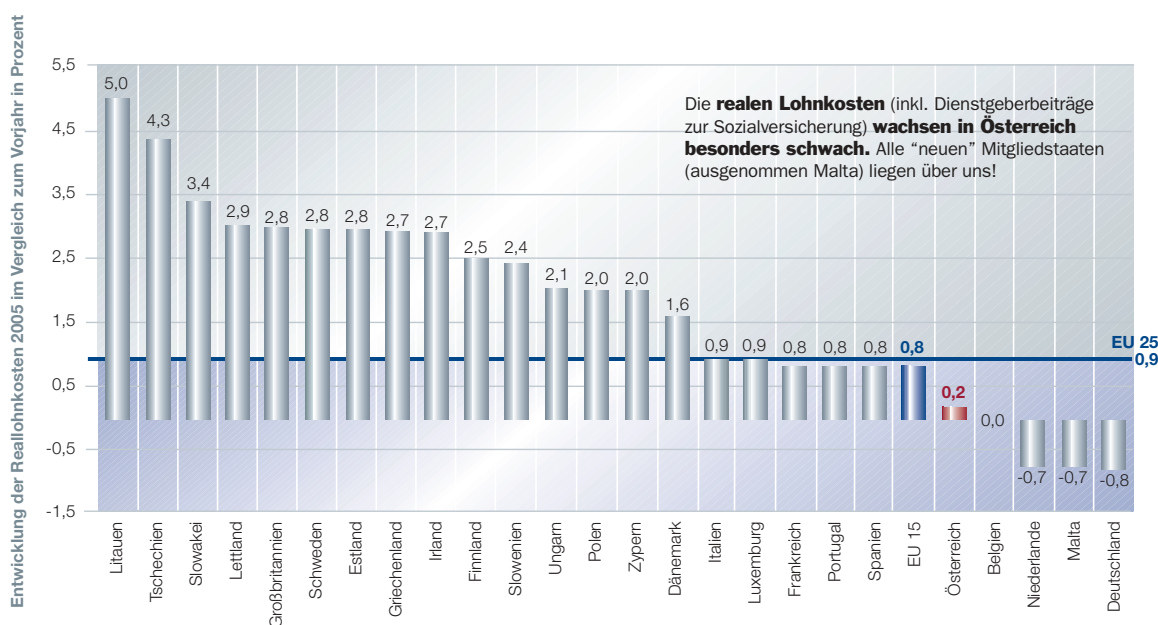
Quelle: WIFO (Stand September 2005), Statistik Austria (Stand Juli 2005), AK OÖ; Reales BIP je Erwerbstätigem (Inlandskonzept, Vollzeitäquivalent), reale Löhne und Gehälter/Kopf



HOHES LOHNWACHSTUM IN ÖSTERREICH – EIN MÄRCHEN

Immer wieder wird über die hohen Lohnkosten in Österreich lamentiert. Der internationale Vergleich zeigt aber, dass Österreich bei der Entwicklung der realen Lohnkosten unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Schwaches Lohnwachstum Österreichs im internationalen Vergleich



Quelle: Europäischer Tarifbericht des WSI - 2004/2005, Torsten Schulten, WSI Mitteilungen 7/2005; Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf abzüglich Preisentwicklung (Deflator des privaten Verbrauchs)

Von 2001 bis 2005 wuchsen die österreichischen Lohnkosten jährlich durchschnittlich sogar am drittschwächsten nach Deutschland und Malta!

Aber: Haben die Menschen weniger Einkommen, konsumieren sie auch weniger. Jene mit den niedrigsten Einkommen können nicht anders, und jene mit mittleren Einkommen sparen

aus Vorsichtsgründen (ungünstige Arbeitsmarktlage, Verunsicherung durch Pensionsreformen etc.).

Dadurch setzt sich die gesamtwirtschaftliche Abwärtsspirale fort: in nur mäßigen Investitionen wegen mangelnder Absatzaussichten, geringem Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit.



AUCH INNERHALB DER ARBEITSEINKOMMEN STEIGT DIE UNGLEICHHEIT

Während sich etwa 37.000 Spitzenverdiener/-innen 5,7 Milliarden Euro im Jahr 2003 aufteilen, mussten die etwa 740.000 Menschen am unteren Ende der Lohnhierarchie mit 2,1 Milliarden Euro an Bruttolöhnen- und Gehältern, also weniger als der Hälfte, auskommen. Und diese Schere wächst: Das ober-

ste Einkommensprozent konnte in den letzten fünf Jahren einen Einkommensanstieg von insgesamt mehr als einem Fünftel verzeichnen. Beim untersten Einkommensfünftel aber hat sich insgesamt nicht viel bewegt. Pro Kopf sind wegen dem geringen Einkommenswachstum in dieser Gruppe sogar Verluste entstanden!

Einkommensschere wird größer

Bruttolöhne und Gehälter der Arbeitnehmer/-innen	Gesamt-Summe 2003	Veränderung seit 1997	
		Gesamt-Summe	Pro Kopf
des untersten Einkommensfünftels (739.086 Niedrigverdiener/-innen)	2,1 Mrd. €	+1,2 Prozent	-5,2 Prozent
des obersten Einkommensprozents (36.954 Höchstverdiener/-innen)	5,7 Mrd. €	+22,1 Prozent	+14,3 Prozent

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik 1997 und 2003; AK OÖ

Das untere Ende der Lohnhierarchie setzt sich aus niedrig entlohn-ten und sozial schlecht abgesicherten „atypisch“ Beschäftigten, aus Menschen mit Teilzeitjobs, aber auch aus Vollzeitbeschäftigten in so genannten Niedriglohnbranchen zusammen (Handel, Tourismus etc.).



100.000 MÄNNER VERDIENEN SOVIEL WIE 1,1 MILLIONEN FRAUEN

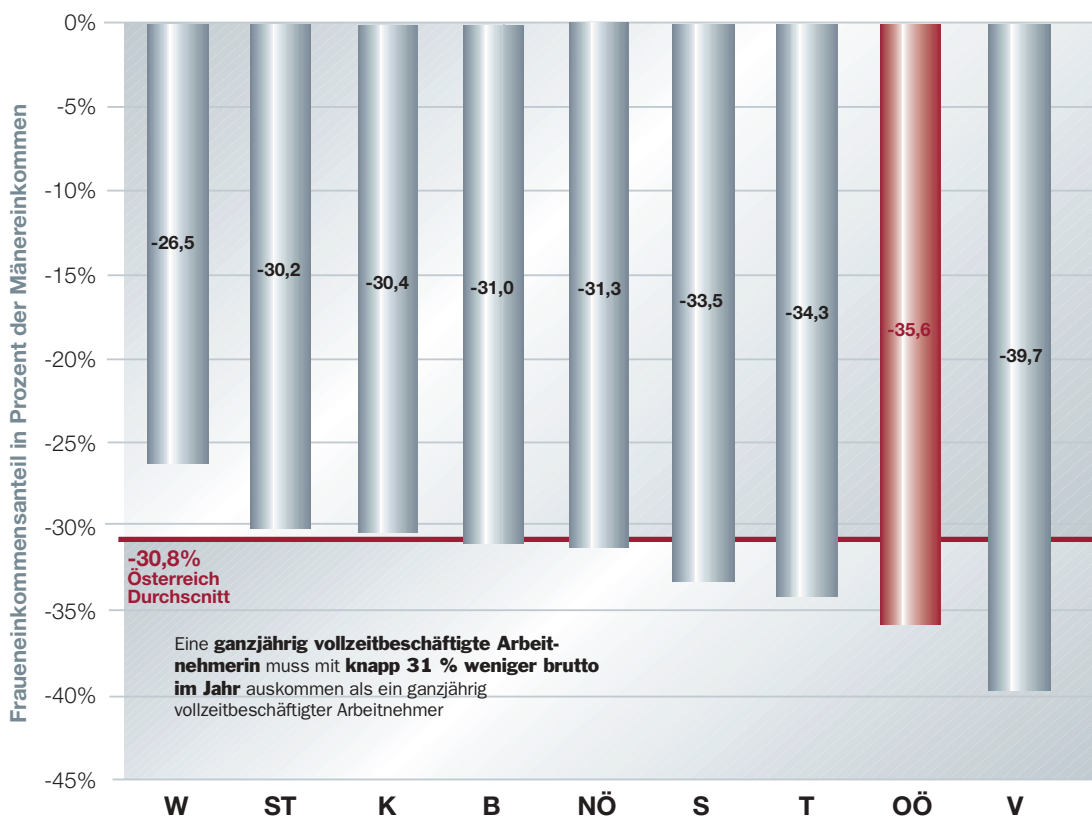
Besonders häufig müssen Frauen von niedrigen Einkommen leben. Die „untersten“ zwei Drittel der Fraueneinkommen machen insgesamt 10,7 Milliarden Euro aus, die sich auf 1,1 Millionen Frauen verteilen. 10,7 Milliarden Euro, das entspricht auch der Gesamtsumme, die sich allein die oberen fünf Prozent in der Männereinkom-

menspyramide (das sind etwa 101.000 Männer) aufteilen! Um gemeinsam auf diese Summe zu kommen, müssen doppelt so viele Spitzenverdienerinnen (die obersten 230.000) ihre Gagen zusammensetzen.

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zeigt sich leider auch in der Gruppe der ausschließlichen

ganzjährig Vollzeitbeschäftigten: im Österreichdurchschnitt erhält eine weibliche Arbeitnehmerin nur etwas mehr als zwei Drittel (69,2 Prozent) des Jahreslohns oder -gehalts eines männlichen Arbeitnehmers. An zweitschlechtesten Stelle unter den Bundesländern rangiert Oberösterreich.

Frauen verdienen ein Drittel weniger als Männer



Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik 2003, AK OÖ; durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen ganzjährig vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen

Die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern ist innerhalb der EU 15 in Österreich am zweithöchsten (nach Großbritannien). Einschließlich Über-

stundenentgelt nimmt Österreich überhaupt den letzten Platz ein!

(Eurostat; Daten für das Jahr 2002, inkl. Lehrlinge, ohne Beschäftigte, die weniger als 30 Wochen im Jahr beschäftigt waren)

HÖHE DER PERSÖNLICHEN EINKOMMEN

Die Oberösterreicher/-innen verdienten 2004 durchschnittlich 1.713 Euro brutto im Monat.

Monatliche Bruttoeinkommen in Oberösterreich, 2004

2004	ein Viertel aller Beschäftigten verdient weniger als ... €	die Hälfte aller Beschäftigten verdient weniger als ... €	drei Viertel aller Beschäftigten verdienen weniger als ... €
Gesamt	1.125	1.713	2.352
Männer	1.582	2.050	2.752
Frauen	825	1.240	1.739
Arbeiter/-innen	1.098	1.605	2.060
Männer	1.486	1.850	2.248
Frauen	694	1.028	1.357
Angestellte	1.155	1.869	2.774
Männer	1.897	2.661	3.414
Frauen	925	1.413	1.966

Quelle: GKK ÖÖ, vorläufige Daten (25. Juli 2005); Brutto-Monatseinkommen, 14 x pro Jahr; nicht teilzeitbereinigt; ohne BeamtInnen, nach Betriebsstandort (Die Beträge sind ohne Sonderzahlungen, d.h. auf 1/14 des Jahreseinkommens ausgewiesen. Werte über der Höchstbeitragsgrundlage (€ 3.450) werden nicht ausgewiesen, sondern nur die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger veröffentlichten beitragspflichtigen Arbeitseinkommen)

Am wenigsten (unter 900 Euro) verdienen die weiblichen Arbeiterinnen in Freistadt, Eferding, Rohrbach und Urfahr-Umgebung. Die höchsten Bruttogehälter (Median: 3.160 Euro) erreichen die männlichen Angestellten in Steyr Stadt.

Etwa 30.300 Menschen in Oberösterreich beziehen ein Gehalt über der

Höchstbeitragsgrundlage (3.450 Euro im Monat), mehr als 90 Prozent davon sind Männer.

Hingegen sind knapp drei Viertel der etwa 52.000 Menschen, die in Oberösterreich mit weniger als 726,73 Euro auskommen müssen, Frauen.



EINKOMMEN DER MANAGER/-INNEN VON BÖRSE-UNTERNEHMEN EXTREM HOCH

4,5 Millionen Euro, das vermutlich höchste Jahresgehalt Österreichs 2004, erhielt Erste-Bank-Chef Andreas Treichl. Über mindestens eine Million im Jahr können sich weiters freuen:

Hohe Jahresgagen in den Börse-Unternehmen

Andreas Treichl	Erste Bank	4,5 Mio €
Elisabeth Bleyleben-Koren	Erste Bank	1,9 Mio €
Reinhard Ortner	Erste Bank	1,5 Mio €
Franz Hochstrasser	Erste Bank	1,5 Mio €
Wolfgang Reithofer	Wienerberger	1,2 Mio €
Helmut Draxler*	RHI	1,2 Mio €
Erich Hampel*	BA-CA	1,15 Mio €
Wolfgang Eder*	voest	1,1 Mio €
Erwin Erasim	Erste Bank	1,0 Mio €
Wolfgang Leitner*	Andritz	1,0 Mio €

Quelle: Gewinn 6/05, News 29/05; Summe aus fixen und variablen Bestandteilen sowie sonstigen Bezügen, ohne Aktienoptionen
*Schätzung des Jahres-Bruttogehalts

Insgesamt verdienen 2004 die Manager/-innen der börsennotierten Top-Unternehmen (ATX-Prime) in Österreich durchschnittlich das dreizehnfache wie „ihre“ Mitarbeiter/-innen. Während letztere nur

eine Einkommenssteigerung von zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhielten, sind die Durchschnitts-Spitzengagen um 13 Prozent angestiegen.

(AK Wien, Mai 2005)

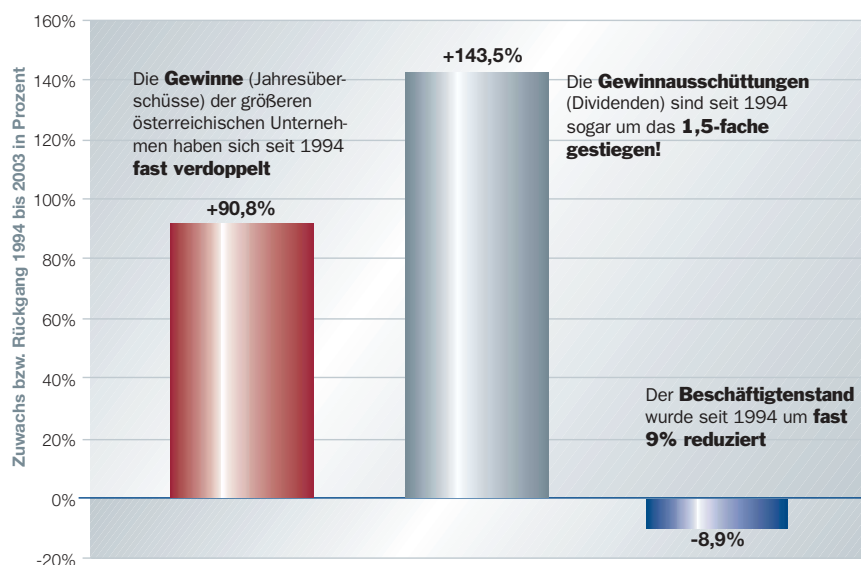
„ Diese Änderung im Portefeuilleverhalten der Produktionsunternehmen zugunsten stärkerer Veranlagung auf den Finanzmärkten half einerseits den Unternehmen, ein bestimmtes Ertragsniveau zu sichern, hat aber andererseits die reale Investitionstätigkeit und damit das Wachstums- und Beschäftigungsniveau deutlich gedämpft.“

Guger Alois, Marterbauer Markus, in „Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich“, WIFO 2004

WENN'S DER WIRTSCHAFT GUT GEHT, GEHT'S DEN ARBEITNEHMERN/ARBEITNEHMERINNEN NOCH LANGE NICHT GUT

Steigende Erträge und zunehmende Dividendenansprüche der Unternehmenseigner/-innen gehen Hand in Hand mit Beschäftigungsabbau, wie auch die AK Wien untersucht hat:

Weniger Arbeit – Mehr Gewinne und Dividenden



Quelle: AK Wien, Dividendenpolitik der österreichischen Kapitalgesellschaften, März 2005; analysiert wurden 324 größere österreichische Kapitalgesellschaften; Anstieg der Gewinne um insgesamt 1,5 Milliarden Euro, der Dividenden um 1,6 Milliarden Euro; Rückgang des Beschäftigtenstandes von 262.739 auf 239.348

Der Personalaufwand - in dem auch der größte Teil der kräftig steigenden Manager/-innen-Gehälter enthalten ist - ging um 3,1 Prozentpunkte auf 16,2 Prozent des Umsatzes (der Betriebsleistung) zurück. Die an die Unternehmenseigner/-innen ausbezahlten Dividenden sind hingegen auf bereits 3,6 Prozent des Umsatzes angewachsen, im Jahr 1994 waren es noch 2 Prozent; bei den Unternehmen in mehrheitlichem Auslandsbesitz (das sind mehr als die Hälfte der untersuchten Unternehmen) machen die Dividenden im Jahr sogar 4,3 Prozent des Umsatzes aus, 1994 waren es 2,1 Prozent.

Der Wirtschaft geht's also nicht schlecht, wie immer wieder dargestellt wird. Auch gesamtwirtschaftlich verbessert sich die Ertragslage der Unternehmen ständig - im Gegensatz zu den Einkommen der Arbeitnehmer/-innen. Allein in den letzten 10 Jahren sind die Gewinne insgesamt mehr als doppelt so schnell gewachsen (plus 68 Prozent) als die Bruttosumme der Arbeitsentgelte (plus 28 Prozent).

Obwohl die Gewinnquote wächst, verharrt allerdings die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote (trotz staatlicher Prämien!) seit vielen Jahren auf niedrigem Niveau. Unternehmen stecken

ihre Gewinne vermehrt in Finanzanlagen anstatt in beschäftigungsfördernde Sachinvestitionen.

Das zeigt auch eine Untersuchung der AK Wien (Dezember 2004): Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent der Betriebsleistung) der 143 analysierten Industrieunternehmen stieg zwar von 2001 bis 2003 um 2,6 Prozentpunkte. Dieser Zuwachs resultiert aber primär aus der Verdoppelung der Finanzinvestitionsquote, also aus dem vermehrten Ankauf anderer Firmen und Wertpapiere.

Fazit: Die Gewinne und Dividenden steigen, die Beschäftigung sinkt.

TROTZ REICHTUM WACHSENDE ARMUT!

Die Wirtschaftskraft unseres Landes würde ausreichen, allen hier Lebenden ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Österreich ist laut OECD das sechst reichste Land. Und doch ist für immer mehr Menschen in Österreich Armut Realität.

In Österreich ist über eine Million Menschen (13,2 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2003) armutsgefährdet, das heißt, von Einkommensarmut betroffen. Im Jahr davor waren es noch 900.000 oder 12 Prozent. Als Armutsgefährdungsschwelle gelten 60 Prozent des mittleren (Median)Einkommens einer Gesellschaft.

In Cash bedeutet dies: etwa jede/r Achte muss hierzulande im Monat mit weniger als 785 Euro, 12 mal pro Jahr, auskommen.

Wiederum sind besonders häufig Frauen betroffen. Selbst mit Erwerbstätigkeit sind etwa 28 Prozent der Alleinerzieherinnen (63.614 Frauen) armutsgefährdet!

467.000 Menschen (5,9 Prozent der Bevölkerung) sind akut arm, das heißt, haben zusätzlich zur finanziellen Benachteiligung mit Einschränkungen in grundlegenden Lebensbereichen zu kämpfen (können sich etwa Heizung, Urlaub, unerwartete Ausgaben nicht leisten). Im Jahr davor waren es noch 300.000 Menschen oder 4 Prozent.

Während einerseits immer mehr Menschen verarmen, ist andererseits die Zahl der österreichischen Millionäre/Millionärinnen, die mindestens über eine Dollar-Million verfügen, um 5,1 Prozent auf 63.300 im Jahr 2004 von zuvor 60.200 angestiegen.

(World Wealth Report 2005)



„Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“

Bericht über die soziale Lage 2003 - 2004, Sozialministerium, (Seite 222)

REICHTUM IN WENIGEN HÄNDEN KONZENTRIERT

In zunehmendem Maße findet eine Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen bzw. von niedrigen Lohn- zu Spitzeneinkommen statt (siehe dazu weiter oben); parallel dazu ist auch das Vermögen stark konzentriert.

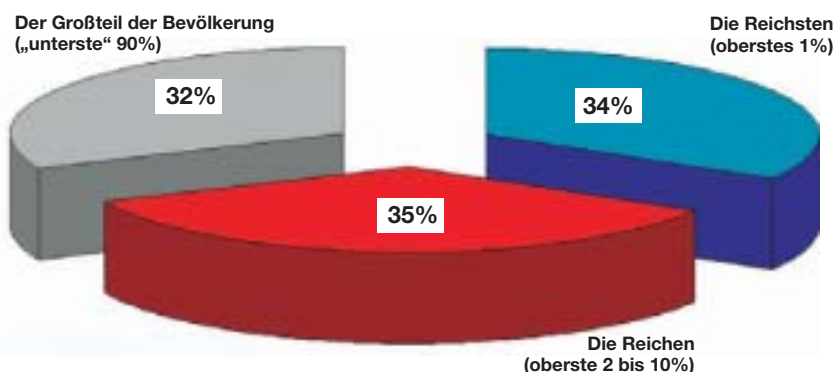
Mehr als 50 Milliarden Euro Vermögen sind im Besitz der 100 Reichsten Österreichs. Das entspricht knapp der Gesamtbruttolohn- und Gehaltssumme der männlichen Arbeitnehmer Österreichs 2003. Die 32 Milliarden Euro schweren Vermögen der 15 Reichsten entsprechen mehr als der Gesamtbruttolohn- und Gehaltssumme der weiblichen Arbeitnehmerinnen Österreichs 2003.

Die hohen Vermögen werden zum Großteil unproduktiv in Privatstiftungen geparkt, wo sie sich ohne eigenes Zutun steuerbegünstigt vermehren.

„Das ist volkswirtschaftlich problematisch, weil von diesen Vermögen immer weniger in Umlauf kommen, also nicht produktiv, für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, eingesetzt wird... Natürlich ist es wünschenswert, wenn der Wohlstand zunimmt. Wichtig ist aber, dass Wohlstand breit gestreut ist“

(Wirtschaftsforscher Alois Guger, 10. Juni 2005, Der Standard)

Vermögen in den Händen weniger konzentriert



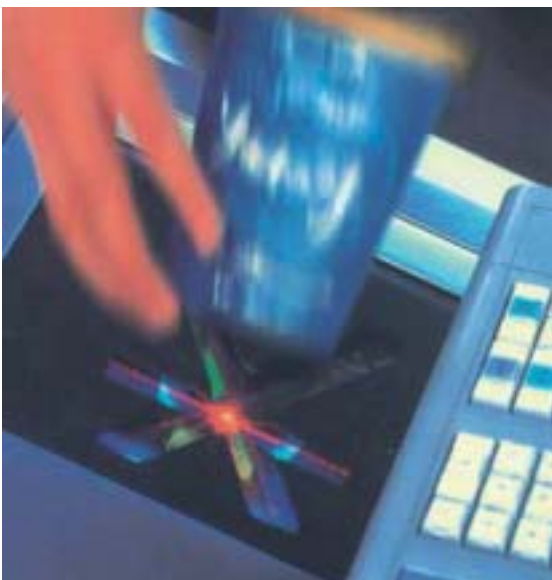
Die obersten 10 Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens, das sich aus Geldvermögen, Immobilien und Beteiligungen zusammensetzt. **Allein das oberste Prozent hat einen größeren Anteil als 90 Prozent der Bevölkerung!**

Quelle: Sozialministerium, Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004; Gesamtvermögen 2002 (Geldvermögen, Immobilien, Beteiligungen) = 944 Mrd. €

Die 15 Reichsten Österreichs horten mehr als 30 Milliarden Euro

Flick Friedrich Karl	6,5 Mrd. €
Lichtenstein Fürst Hans Adam von und zu	3,5 Mrd. €
Wlaschek Karl	3,4 Mrd. €
Horten Heidi	3,3 Mrd. €
Schaeffer Maria-Elisabeth	2,1 Mrd. €
Langes-Swarovski Markus & Familie	2,0 Mrd. €
Mateschitz Dietrich	1,9 Mrd. €
Familie Meinel	1,9 Mrd. €
Stronach Frank	1,3 Mrd. €
Kaufmann Michael & Brüder	1,2 Mrd. €
Esterhazy Melinda	1,2 Mrd. €
Kahane Emil Alexander	1,1 Mrd. €
Sohmen Helmut	1,1 Mrd. €
Prinzhorn Thomas	1,1 Mrd. €
Turnauer Stanislaus	0,99 Mrd. €
Summiertes Vermögen	32,6 Mrd. €

Quelle: Trend 7- 8/2005



Der volkswirtschaftliche Teufelskreis:

KONSUMFLAUTE + SCHWACHES WIRTSCHAFTSWACHSTUM = HOHE ARBEITSLOSIGKEIT

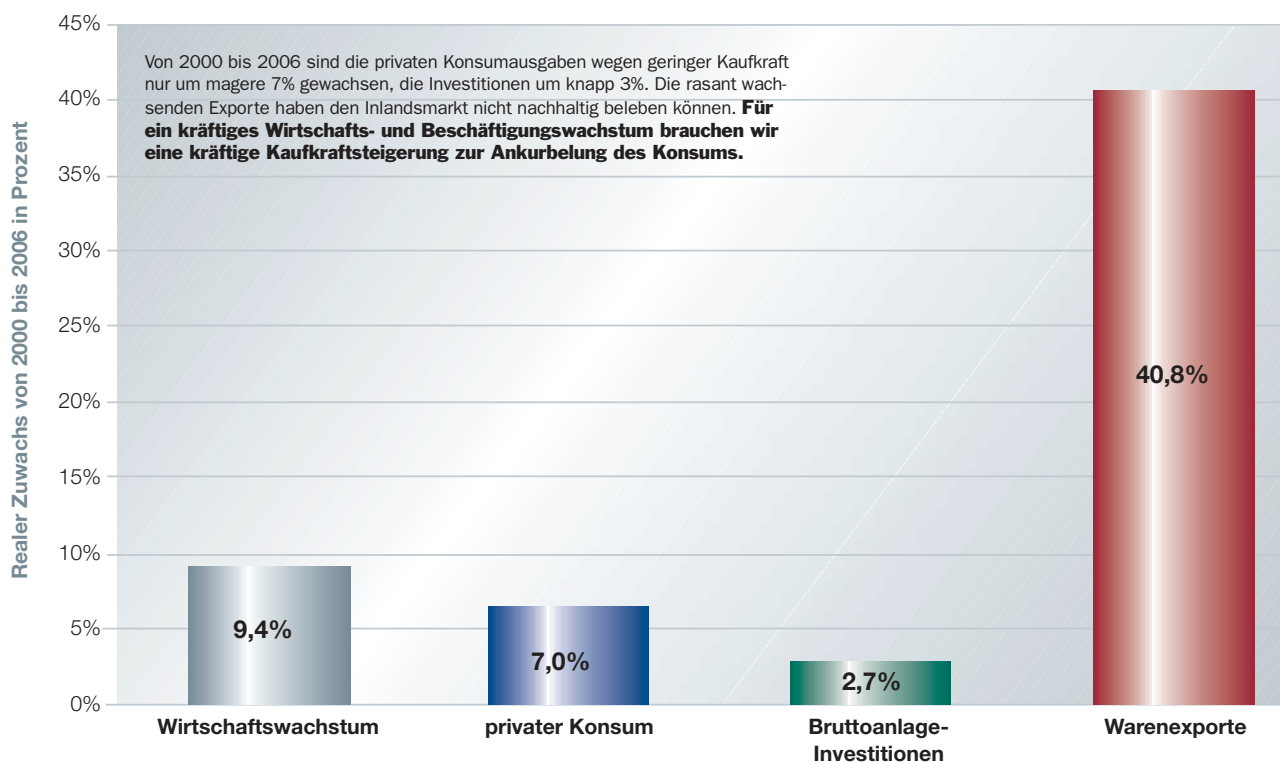
Ungleiche Verteilung führt zu sozialer Ungerechtigkeit und ist auch mit ökonomischen Problemen verbunden: Wenn einkommensschwächere Schichten, die jeden zusätzlichen Euro fast zur Gänze wieder ausgeben, verlieren, wirkt sich dies negativ auf den gesamten Konsum aus. Wenn die Spitzenverdienenden, die den größten Teil jedes zusätzlichen Euro ihres ohnedies hohen Einkommens anlegen (mehr sparen als konsumieren), dazu gewinnen, steigt die ohnedies hohe Sparquote.

**Insgesamt verfestigt sich der - in-
zwischen chronische - Nachfrage-
mangel. Schwaches Wirtschafts-**

wachstum und hohe Arbeitslosigkeit sind die Folge.

Da hilft auch das Hoffen auf die Nachfrage aus dem Ausland nichts mehr. Bereits bisher konnte sich die gute Exportkonjunktur nicht auf Investitionen und Konsum - die wichtigsten Säulen des Bruttoinlandsproduktes (BIP) - übertragen. Nun verlieren auch die Exporte an Dynamik (realer Warenausfuhr-Zuwachs heuer 4,2 Prozent, im Vorjahr waren es 12,9 Prozent) Grund: auch die Nachfrage unserer - ebenfalls konjunkturschwachen - Handelspartner nach unseren Produkten lässt nach.

Kränkende Wirtschaft wegen schwachen Konsums





STÄRKUNG DER INLANDSNACHFRAGE UND QUALITÄTSMÖGLICHE ZUKUNFTSSTRATEGIE BELEBEN DIE WIRTSCHAFT:

- Stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer/-innen am wachsenden Wohlstand durch kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen
- Stärkung der Massenkaufkraft durch spürbare Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen
- Mehr öffentliche Investitionen in die Verkehrs-, Telekommunikations-, Bildungs-, Gesundheits-, Pflege-Infrastruktur
- Qualitativer und quantitativer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, Recht auf einen Betreuungsplatz, Nulltarif in Kinderbetreuungseinrichtungen für Einkommensschwache
- Qualifizierungsoffensive: mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung insbesondere Niedrigqualifizierter, Jugendlicher und Älterer
- Transferleistungen über der Armutsschwelle
- Arbeits- und sozialrechtlicher Schutz für „atypische“ Beschäftigungsformen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



P.b.b. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz
Informationsblatt der Kammer für Arbeit und Angestellte für Oberösterreich,
Nr. 152/2005, DRV 0077747, Zl.-Nr.: GZ 02Z033937 M
Medieninhaberin und Herausgeberin: Kammer für Arbeit und Angestellte für OÖ.,
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Hersteller: Gutenberg, Linz

E-Mail: wipol@ak-ooe.at
www.arbeiterkammer.com



Oberösterreich